

Pressemitteilung

17. Mai 2018

Hessischer Irrweg in der Flüchtlingspolitik

PARITÄTISCHER kritisiert „Hessisches Modell“ für Aufnahmezentren und geplante Abschiebung nach Afghanistan ab Frankfurt am 22. Mai

In der Debatte um die Einrichtung von AnKER-Zentren für Geflüchtete haben die hessischen Regierungsparteien jetzt vorgeschlagen, die hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen solle als sogenannter „Hessischer Weg“ bundesweit Schule machen. Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hessen kritisiert, dass dabei die Situation in Gießen beschönigt wird, und lehnt jede dauerhafte Unterbringung Geflüchteter in Massenunterkünften ab.

„Die Zustände in der Gießener Erstaufnahmeeinrichtung sind mangelhaft. Daher ist der Versuch der schwarz-grünen Koalition, diese Einrichtung als vorbildliches Modellprojekt zu präsentieren, Augenwischerei“, kommentiert Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands. Während sich die hessischen Grünen in den vergangenen Wochen ablehnend zu AnKER-Zentren äußerten, hatte sich die CDU offen gezeigt für das Konzept von Bundesinnenminister Horst Seehofer. Der PARITÄTISCHE Hessen befürchtet nun, dass die Koalitionsparteien mit der Wortschöpfung „Hessischer Weg“ und der Ankündigung, bestehende Strukturen in Gießen zu stärken, die dauerhafte Unterbringung Geflüchteter in Massenunterkünften ausweiten wollen, ohne dafür den politisch verbrannten Begriff AnKER-Zentrum zu verwenden.

„Dieser Hessische Weg ist ein Irrweg“, betont Lea Rosenberg, Referentin Flucht und Asyl beim PARITÄTISCHEN Hessen: „Selbst wenn wir es in Gießen noch nicht mit dem absolut unannehmbaren AnKER-Zentrumsmodell zu tun haben, kritisieren wir seit fast zwei Jahren die Situation in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung. Es gibt keine ausreichenden Standards, was inakzeptabel ist und zu einer menschenunwürdigen Unterbringung führt und vor allem eine Gefährdung für die Menschen dort bedeutet.“ Praxisorientierte und konstruktive Verbesserungsvorschläge der Liga der Freien Wohlfahrtspflege liegen der Landesregierung seit September 2016 vor. Dennoch gibt es bis heute keine ausreichende soziale Betreuung und Beratung und vor allem kein umfassendes Gewaltschutzkonzept. Die Bewohner*innen, darunter viele Frauen und Kinder sowie traumatisierte Menschen, sind nicht ausreichend versorgt und geschützt. Dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Pressemitteilung zum so genannten Hessischen Weg ankündigt, die Rechtsberatung für Geflüchtete in Gießen mit Landesmitteln deutlich ausweiten zu wollen und Verbesserungen bei der

umstrittenen Praxis der staatlichen Rückkehrberatung in Hessen ankündigt, ist zwar sehr begrüßenswert.

Es ändert jedoch nichts daran, dass in Gießen bereits jetzt Menschen sechs Monate und länger bleiben müssen und das unter völlig unzureichenden Schutzstandards. „Dass die hessische Landesregierung bestehende Strukturen stärken will, ohne endlich auf die massiven Gewaltschutzmängel zu reagieren, und das auch noch als vorbildhaft bezeichnet, ist völlig unerklärlich“, so Rosenberg: „Hessen bleibt an diesem Punkt weit hinter anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zurück, die längst verbindliche Gewaltschutzstandards haben“.

Abschiebungen nach Afghanistan stoppen

Der PARITÄTISCHE Hessen fordert die Landesregierung auf, den Weg der Isolation und Desintegration Geflüchteter zu verlassen und sich stattdessen zu einer Flüchtlingspolitik zu bekennen, die auf frühzeitige Integration setzt. Dazu sollte auch gehören, dass sich Hessen nicht länger an den aus menschenrechtlicher Sicht unvertretbaren Abschiebungen nach Afghanistan beteiligt. Immerhin ist Afghanistan nach dem Global Peace Index 2017 das zweitunsicherste Land der Welt. „Jede Sammelabschiebung löst bei allen Geflüchteten eine enorme Verunsicherung und Verängstigung aus und macht wichtige Integrationsprozesse zunichte“, so Rosenberg. Nach Informationen des bayerischen Flüchtlingsrates sollen am kommenden Dienstag, 22. Mai, zum 13. Mal seit Beginn der Sammelabschiebungen im Dezember 2016 Geflüchtete zwangsweise in das Bürgerkriegsland geflogen werden, und zwar vermutlich vom Frankfurter Flughafen aus. „Die Landesregierung sollte nicht zulassen, dass ein Flug, der Menschen in eine lebensgefährliche Lage bringt, von hessischem Boden startet“, appelliert Dr. Yasmin Alinaghi.

Ansprechpartnerin beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Lea Rosenberg

Referentin Flucht und Asyl

Telefon: 069/95 52 62-52

E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org